



AG

60^{plus}

Beschlüsse zur ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeits- gemeinschaft SPD 60plus

28.–29. Oktober 2019 in Köln

Hinweise: Im vorliegenden Beschlussbuch finden sich beschlossene und überwiesene Texte wieder. Anträge, die erledigt, abgelehnt oder nicht behandelt wurden, sind am Schluss nur benannt.

Die vollständigen Texte finden sich im Antragsbuch der 60plus-Bundeskonzferenz mit Stand vor der Bundeskonferenz.

Die zur Überweisung beschlossenen Anträge gehen den genannten Empfänger*innen zur Bearbeitung zu.

Die beschlossenen Texte werden ebenfalls an die genannten Empfänger*innen weitergeleitet.

Inhalt

I. Angenommene und überwiesene Anträge	7
Resolutionen.....	7
Initiativantrag 3	7
Resolution der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus.....	7
Antragsbereich Res/ Antrag 1	8
Erfahrung schafft Zukunft.....	8
Antragsbereich R/ Antrag 2	12
Resolution.....	12
Antragsbereich Res/ Antrag 3	14
Impulse für ein sozialeres Europa	14
Digitalisierung.....	15
Initiativantrag 5	15
Soziale Verantwortung und „digitale Zukunft“	15
Antragsbereich D/ Antrag 1.....	15
Ethische Regeln für Digitalisierung / digitale Transformation erarbeiten	15
Antragsbereich D/ Antrag 2.....	16
Lebenshilfe im digitalen Zeitalter sicherstellen.....	16
Antragsbereich D/ Antrag 3.....	17
Recht auf analoge Teilhabe	17
Antragsbereich D/ Antrag 4.....	17
Versorgung des ländlichen Raums mit 5G-Netz.....	17
Entwicklungspolitik.....	19
Antragsbereich EP/ Antrag 1	19
Nachhaltige Entwicklungs-Zusammenarbeit.....	19
Europapolitik	20
Antragsbereich E/ Antrag 1	20
EUROPA weiterentwickeln - Fortführung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den grenzüberschreitenden Regionen von Deutschland und seinen Nachbarländern	20
Friedenspolitik.....	21
Antragsbereich F/ Antrag 1	21
Initiative für eine starke Friedenspolitik.....	21
Antragsbereich F/ Antrag 2	22
Lagerung von Atomwaffen in Büchel, Rheinland – Pfalz / Keine weitere Anhebung des Wehretats/	22
Gesundheitspolitik.....	23
Antragsbereich G/ Antrag 1.....	23

Doppelverbeitragung beenden	23
Antragsbereich G/ Antrag 2.....	23
Doppelverbeitragung in der betrieblichen Altersversorgung	23
Antragsbereich G/ Antrag 5.....	24
Solidarische Bürgerversicherung Gesundheit Krankenversicherung/ Pflegeversicherung.....	24
Antragsbereich G/ Antrag 7.....	24
Wiedereinführung eines Sterbegeldes (Beerdigungszuschuss)	24
Antragsbereich G/ Antrag 8.....	25
Das Sterben würdig begleiten	25
Antragsbereich G/ Antrag 9.....	25
Transparenz und Qualität der Beratung durch die unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)	25
Antragsbereich G/ Antrag 10.....	26
Befreiung von Zuzahlungen.....	26
Antragsbereich G/ Antrag 11.....	26
Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.....	26
Pflegepolitik.....	27
Antragsbereich P/ Antrag 1	27
Stärkung der Pflegeversicherung	27
Antragsbereich P/ Antrag 2	28
Altenpflege als solidarische Zukunftsaufgabe.....	28
Antragsbereich P/ Antrag 3	29
Kurzzeitpflege	29
Antragsbereich P/ Antrag 5	29
Keine Roboter als Pfleger im Altenheim	29
Antragsbereich P/ Antrag 6	29
Eigenanteil Pflegeheim.....	30
Antragsbereich P/ Antrag 7	30
Dänisches System der Altenpflege	30
Antragsbereich P/ Antrag 8	31
Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II - hier: monatlicher Entlastungsbetrag.....	31
Antragsbereich P/ Antrag 9	31
Gleichstellung von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen	31
Antragsbereich P/ Antrag 10	32
Landesweite Sicherstellung der Essensversorgung für ältere Mitbürger	32
Rentenpolitik	32
Antragsbereich R/ Antrag 1.....	32

Wir fordern ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt	32
Antragsbereich R/ Antrag 2	36
Berufsunfähigkeitsrente	36
Antragsbereich R/ Antrag 3	36
Rentenpolitik	36
Antragsbereich R/ Antrag 4	37
Österreichisches Rentensystem übernehmen	37
Antragsbereich R/ Antrag 5	38
Die SPD wird eine Erwerbstätigenversicherung einführen	38
Antragsbereich R/ Antrag 6	39
Grundrente und Erwerbstätigenversicherung	39
Antragsbereich R/ Antrag 7	39
Alterssicherung.....	40
Antragsbereich R/ Antrag 8	40
Prozentuale Aufstockung der Rente.....	40
Antragsbereich R/ Antrag 9	41
Rentenansprüche für alle pflegenden Angehörigen	41
SPD.....	42
Initiativantrag 2	42
Einrichtung eines säkularen Arbeitskreises.....	42
Antragsbereich SPD/ Antrag 1.....	42
Beitragsfreiheit als Anerkennung für langjährige Mitgliedschaft	42
Antragsbereich SPD/ Antrag 4.....	43
Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union	43
Antragsbereich SPD/ Antrag 5.....	43
Fortbestand der Mitarbeit von SPD-Mitgliedern bei inaktiven Ortsvereinen.....	43
Antragsbereich SPD/ Antrag 7.....	44
Für eine mutige SPD	44
Antragsbereich SPD/ Antrag 8.....	45
Berichterstattung über weitergeleitete Beschlüsse.....	45
Antragsbereich SPD/ Antrag 9.....	45
Intensivierung der persönlichen Mitgliederbetreuung.....	45
Steuerpolitik	46
Antragsbereich S/ Antrag 1	46
Finanzmarkttransaktionssteuer.....	46
Antragsbereich S/ Antrag 2	46

Konzerngewinne	46
Antragsbereich S/ Antrag 3	47
Steuereinnahmen	47
Antragsbereich S/ Antrag 4	47
Erbchaftsteuer	47
Antragsbereich S/ Antrag 5	48
Vermögenssteuer / Einkommensteuer	48
Tarifpolitik	49
Antragsbereich T/ Antrag 1	49
Lohndumping verhindern	49
Antragsbereich T/ Antrag 2	49
Prekäre Beschäftigung	49
Umweltpolitik	50
Antragsbereich U/ Antrag 1	50
Emissionen	50
Antragsbereich U/ Antrag 2	50
Strompreisgestaltung	50
Antragsbereich U/ Antrag 3	50
Gesetz gegen Lebensmittelvernichtung	51
Antragsbereich U/ Antrag 4	51
Co2 Steuern mit sozialem Ausgleich einführen	51
Antragsbereich U/ Antrag 5	51
Privilegien abschaffen	52
Antragsbereich U/ Antrag 6	52
Tempolimit einführen	52
Antragsbereich U/ Antrag 7	53
Seniorenticket für Deutschland – Klimaschutz unterstützen	53
Antragsbereich U/ Antrag 8	53
Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energiewende: Bundesebene	53
Antragsbereich U/ Antrag 10	55
Abfallwirtschaftsgesetz ändern	55
Antragsbereich U/ Antrag 11	55
Verbot von Einwegkunststoff	55
Wohnungs-/Wohnungsbaupolitik	56
Antragsbereich W/ Antrag 1	56
Mehr Wohnungspolitischer Einfluss des Staates	56

Antragsbereich W/ Antrag 2.....	57
Förderung des Sozialen Wohnungsbaus	57
Antragsbereich W/ Antrag 3.....	59
Sicherung sozial verträglicher und bezahlbarer Mieten im (Sozialen) Wohnungsbau	59
Antragsbereich W/ Antrag 4.....	60
Umlagefähigkeit der Grundsteuer abschaffen.....	60
Antragsbereich W/ Antrag 6.....	61
Kurzzeitvermietung von Wohnungen steuern	61
Antragsbereich W/ Antrag 7.....	61
Bezahlbarer Wohnraum	61
Sonstiges.....	61
Initiativantrag 4	62
Generelles Lieferverbot von Waffen und Kriegsgerät an die Türkei.....	62
Antragsbereich So/ Antrag 2	62
Förderung eines Sozialen Jahres für möglichst viele junge Leute.....	62
Antragsbereich So/ Antrag 3	63
Aufwandsentschädigung nicht anrechnen bei Grundsicherungsbezug	63
Antragsbereich So/ Antrag 4	64
Mehr Bürgerinnen und Bürger für die Kultur gewinnen	64
Antragsbereich So/ Antrag 5	64
Wochenarbeitszeit	64
Antragsbereich So/ Antrag 6	65
Mensch und Natur in Gefahr - Frieden schaffen, auch mit Umwelt und Natur.....	65
II. Weitere Anträge	65

I. Angenommene und überwiesene Anträge

Resolutionen

Initiativantrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bundesvorstand

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand*

Beschluss: Angenommen

Resolution der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus

Angesichts der großen und weiter wachsenden Bedeutung der Älteren als Mitglieder der Partei und als deren heute schon wichtigsten Wählergruppe fordert die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus den Parteivorsand auf, deren Arbeit zu fördern, statt sie durch organisatorische Maßnahmen zu behindern.

5

Der Name 60 plus umschreibt die besonderen Lebenssituationen gegen Ende der Berufstätigkeit, in den und Leben im Ruhestand bis in die zunehmende Hilfsbedürftigkeit treffend.

Er ist Markenzeichen sozialdemokratischer Generationenpolitik.

Die Einladung zur Mitarbeit in der AG ohne Formalitäten bindet Genossinnen und Genossen über die tagespolitische und organisatorische Arbeit in den Ortsvereinen und Distrikten hinaus an die Partei.

Antragsbereich Res/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Erfahrung schafft Zukunft

Erfahrung schafft Zukunft, so lautet unser Motto der AG SPD 60 plus in Baden-Württemberg. Wir Älteren in der Partei haben einen großen Rucksack an Erfahrungen gesammelt mit der Zeit. Erfahrungen und Kompetenzen, die wir gerne teilen und auf die wir bauen und sie nutzen können, um der gegenwärtigen Generation, nachfolgenden Generationen, unseren Kindern und Enkeln eine bessere Welt zu hinterlassen. Diese Erfahrung lässt uns auch mit Besorgnis auf Europa und die Welt blicken, denn beide sind im Umbruch. Im Weißen Haus regiert ein Verrückter, der aus Geldgier und Egoismus Ideen aus dem letzten Jahrhundert propagiert („America First“) und dabei langjährige Beziehungen zu anderen Ländern gefährdet oder sogar Verträge zur Sicherung von Frieden und Stabilität aufkündigt. In Großbritannien haben Kapitalisten, Populisten im schlechten Sinne des Wortes und Nationalisten unter dem Vorwand des „Take back Control“ mit Fake News den Brexit propagiert. Als ob dies nicht schon schlimm genug wäre – nachdem sie gewonnen haben, stehen sie ohne jeden Plan vor ihrem Scherbenhaufen. Ihr Sieg macht England zum Verlierer. Auf andere Weise hat sich die Zerlegung der von Konservativen, Nationalisten und Rechtsextremisten gebildeten Regierung in Österreich vollzogen. Besonders erschreckend, wie sich Parteien und Verwaltungen auf die Zuschauerrolle zurückgezogen haben – die Welt wird von Kurznachrichten via Handy gelenkt.

20 Nur gemeinsam ist Europa stark

Diese Beispiele zeigen, warum wir die Europäische Union und die deutsche Sozialdemokratie brauchen. Bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 fordert die SPD die Vereinigten Staaten von Europa. Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak hat es einmal so formuliert: Es gibt nur zwei Arten von Staaten in Europa: kleine Länder und kleine Länder, die noch nicht begriffen haben, dass sie klein sind. Wie soll sich selbst das Land mit den meisten Einwohnern in Europa – Deutschland mit 82 Millionen – mit Blick auf Länder wie die USA oder China mit vielen hundert Millionen, gar über eine Milliarde Einwohner und enormer Wirtschaftskraft und Dynamik, behaupten? Behaupten im Sinne unseres Wertesystems, aber auch wirtschaftlich, kulturell, sozial ... Das geht nur gemeinsam in der Europäischen Union mit all ihren Mitgliedsstaaten und ihren über 500 Millionen Einwohnern.

Die SPD steht klar zu dieser Europäischen Union, aber wir müssen sie auch weiterentwickeln. Viele Krisen der letzten Jahre haben Schwachstellen aufgezeigt. Deshalb wollen wir die Idee der Europäischen Union stetig weiterentwickeln und Schritt für Schritt konkret werden lassen. Alle sollen fühlen, wie sehr ihnen die EU hilft – den Frieden zu erhalten, den Wohlstand, dort wo er fehlt, zu mehren und die kulturelle Vielfalt zu genießen.

40 Dabei denken wir stets an den größten Lügner im Land: Den Durchschnitt. Im Durchschnitt geht es allen Menschen in Deutschland gut. Im Durchschnitt geht es auch allen Ländern in der EU gut. Damit ist aber stets auch beschrieben, dass es einer Mehrheit schlechter geht als dem Durchschnitt. Daraus erwächst die Hauptaufgabe für uns: Wir kümmern uns um alle, denen es schlechter geht als anderen. Nicht in allen Mitgliedsländern kann alles zeitgleich und in gleicher Intensität entwickelt werden. Einzelne Länder können mit gutem
45 Beispiel vorangehen, manchmal kann etwas in der verstärkten Zusammenarbeit gelingen, wofür die Gemeinschaft der 27 noch mehr Zeit benötigt. Europa muss sich nicht verkrampfen, sondern seine Vielfalt in den Dienst seiner Entwicklung stellen.

50 Wir wollen die Sozialunion, die Demokratie stärken, also insbesondere das Europäische Parlament, wir wollen die Bildungsunion voranbringen, Generationengerechtigkeit in ganz Europa zum Thema machen, wir wollen auch die Bankenunion vollenden. Und den Wirtschaftsraum stärken. Die Wirtschaftsunion scheint gut etabliert und durch die Grundfreiheiten gesichert. Die Grundfreiheiten: Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr sind die
55 Eckpfeiler der EU – ihre Ausgestaltung bis in die Lebenswirklichkeit erfordert noch große Anstrengungen. Wir können schon ohne Grenzkontrollen reisen, aber von annähernd gleichwertigen Lebensbedingungen kann noch keine Rede sein, weder in Deutschland noch in der EU. Diese werden sich auch nicht von heute auf morgen realisieren lassen, aber erste Schritte können wir bereits gehen. Dazu gehören Sicherungsmechanismen für
60 die verschiedenen Sozialsysteme, damit kein Land mehr in Krisenzeiten bei seinen Schwächsten sparen muss und einem System europäischer Mindestlöhne, orientiert am landesspezifischen Medianeinkommen. Zusätzlich braucht die Eurozone aber auch ein eigenes Budget, um schnell und ohne lange Diskussionen der Mitgliedsländer handeln zu können. Dieses Eurozonenbudget sollte langfristig durch eigene Steuern, etwa die Finanztransaktionsteuer mit breiterer Basis als bisher im Konsens mit Frankreich gedacht gefüllt werden.
65

Digitalisierung begreifen, Chancen nutzen

70 Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt, Künstliche Intelligenz (KI) ist dabei Chance und Risiko zugleich. Durch gute Bildung und Förderung von MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik - können wir internationaler Spitzenreiter in diesem Bereich werden. Gleichzeitig werden Digitalisierung und KI aber auch Arbeitsplätze ersetzen. Diese Arbeitnehmer*innen gilt es aufzufangen - Arbeit gibt es genug.
75 Auch im Gesundheitsbereich kann uns die KI von großem Nutzen sein, sei es in der Früherkennung von Krankheiten oder bei der Auswertung von Testergebnissen. Aber wir müssen uns immer bewusst sein, sie wird Ärzte, Krankenschwestern, Altenpfleger niemals ganz ersetzen können. MINT Fächer sind wichtig. Sie können aber nach und nach immer stärker von Rechnern übernommen werden. Deshalb sind andere Fähigkeiten, Kulturtugenden,
80 Einfühlungsvermögen, Friedenssehnsucht, Verhandlungsgeschick, Kindererziehung, selbstbestimmte Organisation am Arbeitsplatz ... von mindestens ebenso großer Bedeutung.

Ein Sozialstaat für die Zukunft

85 Zusätzlich müssen wir auch den Wandel der Lebenssituation vieler Arbeitnehmer*innen reflektieren. Viele von Ihnen unterschreiben in immer kürzeren Zeitabständen neue Arbeitsverträge, wechseln in ihrem Berufsleben häufiger die Stelle. Das Modell lebenslang in

90 einem Beruf gehört oft der Vergangenheit an. Hier muss es uns durch eine Reform der so-
zialen Sicherungssysteme gelingen, diesen Wandel abzubilden. Dies darf aber nicht mit ei-
ner Zunahme von Scheinselbständigkeit oder atypischer Beschäftigung einhergehen. Un-
ser Ziel muss eine Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein. Dazu
95 brauchen wir einen neuen Sozialstaat für eine neue Zeit, einen Sozialstaat für die Zukunft.
Erste Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch, längerer Bezug von Arbeitslosengeld I, Bürger-
geld statt Arbeitslosigkeit II (ALG II, Hartz IV), ein Recht auf Weiterbildung, Kindergrundsich-
erung, Grundrente, Reform der Pflegeversicherung, Bürger*innenversicherung (GKV)
und Erwerbstätigenversicherung (GRV) für alle Menschen in Deutschland. Niemand mehr
100 soll in unserem Land Angst haben, in Armut abzurutschen, wenn die Arbeitslosigkeit zu
lange andauert oder im Erwerbsleben zu wenig Anwartschaften gesammelt wurden, Kin-
der dürfen nicht als Kostenfalle gesehen werden, jede*r sollte gute und bezahlbare Ge-
sundheitsleistungen erhalten. All das ist gelebte Solidarität, ist ein Sozialstaat für die Zu-
kunft.

Es müssen sich alle beteiligen, damit es allen gut geht

105 Die Welt rückt immer näher zusammen, einerseits positiv, noch nie war das Reisen oder
Kommunizieren an das andere Ende der Welt einfacher, aber auch negativ, die Geschwin-
digkeit, mit denen Unternehmen immer größer werden, ihre Konzernstruktur so gestalten,
dass sie weltweit möglichst keine Steuern zahlen müssen. Solange die Staaten aber in
110 wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz untereinander versuchen, auf Kosten der An-
deren, jeweils für sich das Beste herauszuholen, können wir diesem Problem nicht Herr
werden. Ein Race-to-the-bottom hilft dem aktiven Staat vielleicht kurzfristig, langfristig
können wir diese ungezügelte Steuergestaltung nur in Zusammenarbeit mit anderen Län-
dern erfolgreich bekämpfen. Nationale Regeln allein sind in einer globalisierten Welt keine
adäquate Antwort.

115 Aber auch in Deutschland müssen wir etwas am Steuersystem ändern. Es darf nicht sein,
dass einige wenige mit Spekulationen in wenigen Tagen so viel Geld bekommen, wie an-
dere ihr ganzes Arbeitsleben lang nicht verdienen können. Oft zahlen kleine und mittlere
Einkommen fair ihre Steuern und sehen, wie die hohen Einkommen sich arm rechnen oder
120 für ihr Versagen als Manager noch mit hohen Abfindungen belohnt werden. Wir brauchen
eine Reform des Einkommensteuersystems, hin zu einer stärkeren Beteiligung sehr hoher
Einkommen. Wir brauchen eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von extremen
Managergehältern. Diese haben nicht mehr nachvollziehbare Ausmaße angenommen, hier
muss nicht noch der Steuerzahler diese subventionieren. Zusätzlich brauchen wir dringend
125 wirksame vermögensbezogene Steuern in Deutschland. Sei es über eine funktionierende
Steuer auf hohe Erbschaften oder die Erhebung der Vermögensteuer in verfassungsfester
Form. Natürlich wollen wir auch die Einkommensteuer reformieren. Der Spitzensteuersatz
darf bei sehr hohen Einkommen auch über 50 % liegen – mit Blick darauf, was dem Bürger,
der Bürgerin nach Steuern bleibt, kann jeder auf seinen Beitrag für das Gemeinwesen stolz
130 sein.

Ein starker Staat für ein starkes Land

135 Zwei Jahrzehnte nach den großen Privatisierungen in Deutschland müssen wir sehen, dass
die erhofften Verbesserungen oft nicht eingetreten sind. Wohnungspreise steigen ins Un-
ermessliche, täglich hören wir Klagen über die Bahn oder die Post- und Telekommunikati-

140 onsunternehmen. Deren Handeln ist offenbar viel stärker profit- als kundenorientiert. Damit in Zusammenhang steht auch ein gewaltiger Investitionsstau in vielen Bereichen Deutschlands. Der Markt regelt eben nicht alles, ist aber das Vehikel zur Einkommens- und Vermögenskonzentration in privater Hand. Es gibt keinen Grund uns Denkverbote aufzulegen - auch Wiederverstaatlichung oder Rekommunalisierung sind Optionen in einer Zukunft, die Gemeinschaftsaufgaben stärker im Blick hat als heute.

145 Insbesondere in Phasen von Rezessionen muss der Staat die Chancen nutzen, Geld in die Hand nehmen und handeln, wo andere versagen. Der Ausbau der Bahnstrecken in Deutschland und von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, sogar der Lückenschluss in Glasfasernetzen oder Autobahnrestücken, lösen diesen Stau auf, sie kurbeln zudem die Wirtschaft an und sind
150 gut für Umwelt und Arbeit. Mit staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, Investitionen in schnelles Internet und einer guten Bildungsinfrastruktur holen wir jede und jeden dort ab, wo sie sich bisher mit ihren Problemen allein gelassen fühlen. Die Zukunft liegt nicht im "weiter so" sondern in der aktiven Verantwortung für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung, einer neuen Kultur, Fortschritt und Globalisierung zu gestalten.

155 Mensch und Umwelt – Hand in Hand

Ohne eine funktionierende Umwelt nützt uns das beste Sozial- oder Steuersystem nichts und der fortdauernde Klimawandel ist ein Fakt, daran gibt es nichts zu leugnen. Wer dies
160 tut, verschließt die Augen vor der Realität. Unser vordergründiges Ziel muss die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 und der Ziele des Pariser Klima-Abkommens sein. Unsere bisherigen Anstrengungen die globale Erwärmung zu verlangsamen, waren nur bedingt erfolgreich, es wird Zeit sich engagierter um Umwelt und Natur zu kümmern. Dazu gehört, dass jede*r sein eignes Konsumverhalten auf den Prüfstand stellt, aber auch der Staat aktiver wird.
165 Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien. Der Ausbau von Bahn- und Bus-Angeboten, sowie Car-Sharing hilft uns, den Ausstoß von gefährlichen CO2-Abgasen zu reduzieren. Dazu gehört auch die Verlagerung von Güterverkehr (Schwerlasten) auf Schiene und Wasser. Über eine CO2-Steuer kann der Ausstoß weiter reduziert werden und die Verursacher müssen dafür zahlen.
170 Die Einnahmen können dann wieder in Umweltprojekte oder die Förderung von CO2-Sparmaßnahmen investiert werden.

Aber auch der Staat muss schauen, was er mit seinem Geld macht. Wir sind für ein Verbot von Investitionen von Geldanlagen in nicht nachhaltige Projekte, etwa Ölbohrungen. Dies
175 muss auch für Institutionen gelten, an denen der Staat direkt oder indirekt beteiligt ist oder einen Sitz im Entscheidungsgremium (z.B. Weltbank) hat.

Insgesamt geht es um einen langfristigen Transformationsprozess an dessen Ende der vollständige Ausstieg aus fossilen Energieträgern auf der einen Seite steht, auf der anderen
180 Seite viele neu geschaffene Arbeitsplätze in den Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie für Wärme, Kälte, Strom und Mobilität.

Antragsbereich R/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hannover

*Empfänger*innen:*
SPD-Parteivorstand
SPD-Landesverbände
Organisationspolitische Kommission

Beschluss: Angenommen

Resolution

5 Zum wievielten Mal reden wir eigentlich über Erneuerung, es gab in den vergangenen Jahren immer wieder mit viel Aufwand angekündigte Veränderung-/Erneuerungsprozesse unter unterschiedlichen Titeln und unter verschiedenen Generalsekretären und Vorsitzenden die aber bisher zu keinem sichtbaren Erfolg geführt haben.

Der kontinuierliche Verlust an Mitgliedern und an Stimmen bei Wahlen kann ja nicht als Ziel gemeint gewesen sein.

10 Viele Analysen haben bereits aufgezählt, was sich in und mit der SPD ändern muss, um wieder Zulauf und Wähler zu gewinnen aber was werden wir davon umsetzen und welche Prioritäten werden gesetzt?

15 Als Voraussetzung für die Erneuerung und die Einbeziehung der Basis müssen in die Gremien die den Erneuerungsprozess der SPD vorbereiten nicht nur Mandatsträger aus Partei und Fraktionen eingebunden werden, sondern auch „einfache“ Mitglieder aus Ortsvereinen und Unterbezirken. Wir müssen mit den Mitgliedern reden und nicht über sie.

20 Aus Sicht der Repräsentanten der Grauköpfe in der SPD muss sich dazu insbesondere folgendes ändern:

25 1. Politik darf nicht mehr in Hinterzimmern oder hinter verschlossenen Türen und in abgeschlossenen Netzwerken kommuniziert werden, sondern offen und für alle Mitglieder transparent.

2. Problemlösungen dürfen nicht mehr in Arbeitskreise delegiert werden, die dann nie oder nur selten tagen und irgendwann am St.-Nimmerleinstag zu einem Ergebnis kommen.

30 3. Die SPD-Gremien dürfen nicht ÜBER die Menschen reden, sondern MIT ihnen. Dazu ist die Parteiorganisation durch umfassende Schulung in die Lage zu versetzen. Zu Antragsberatungen sind zu Parteitagen oder Mitgliederversammlungen auch sachkundige Nicht-Parteimitglieder oder Vertreter von Zielgruppen einzuladen.

35 4. Die Parteiorganisation muss sich wieder um die Menschen KÜMMERN und nicht nur über sie beschließen.

- 40 5. Die Parteiorganisation ist in der Fläche hauptamtlich zu VERSTÄRKEN und nicht weiter abzubauen. Von Herbert Wehner stammt der Satz:“ Politik ist Organisation!“ Daraus folgt, wenn die Organisation schlecht ist, ist auch die Politik schlecht.
- 45 6. Internet ist gut und modern, darf aber nicht als alleiniges Informations- und Mobilisierungsmittel genutzt werden. Die Flut der Information übers Internet führt unweigerlich zur Missachtung vieler wichtiger Informationen. Miteinander reden muss im Vordergrund der Parteiarbeit stehen.
- 50 7. Inhaltlich muss im Vordergrund der nächsten Monate die LÖSUNG der Frage der Vereinbarkeit von Umwelt- und Klimaschutz mit Arbeit, Soziales und Wirtschaft stehen.
- 55 8. Die „Verteilungsfrage“ ist grundsätzlich programmatisch für die SPD bis zum Parteitag im November zu klären um die immer wieder aufkommende Negativdiskussion dazu zu vermeiden.
- 60 9. Die SPD muss inhaltlich Visionen entwickeln, zu denen ihre Repräsentanten stehen und sie nicht immer wieder in Frage stellen.
- Die SPD-Grauköpfe werden zunehmend „altersradikal“ aufgrund der seit Monaten sich hinschleppenden Erneuerung der SPD. Wenn sich jetzt nicht einschneidend etwas ändert im oben beschriebenen Sinne, ist „der SPD“ wirklich nicht mehr zu helfen und die Erfolge der jetzt anlaufenden guten Arbeit „unserer“ Minister im Kabinett helfen dann auch nichts mehr.

Antragsbereich Res/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Impulse für ein sozialeres Europa

Die vom SPD-Parteivorstand beschlossene Schwerpunktsetzung auf die sozialen Fragen der Zeit in der Europapolitik finden unsere Unterstützung.

5 Wir erwarten aber auch eine Ergänzung um einen realistischen Stufenplan zur Umsetzung. Neben einem nachvollziehbaren Sozialstaatsmodell, d.h. passend zu den jeweiligen Problemlagen in den verschiedenen Regionen der EU, ist darin die Finanzierungsseite realistisch zu behandeln. Schritte der Steuerangleichung bzw. –einführung und der Eindämmung von Sozial- und Steuerdumping, müssen in den Umsetzungsplänen angesprochen werden. Deutliche Distanz, auch finanziell, ist in der EU zu Potentaten herzustellen, die 10 zwar die EU-Mittel nutzen und andererseits die sozialen, rechtsstaatlichen und politischen Ziele der EU konterkarieren.

15 Damit grenzen wir uns auch von wirtschaftlichen und technokratischen Ansätzen ab, die vor einiger Zeit vom französischen MP Macron lanciert und zunächst breite Unterstützung fanden. Ein Euro-Budget zur Steigerung der Wirtschaftskraft, ein Sicherheitstopf zur Rettung angeschlagener Banken, DISPO-Kredite für s.g. notleidende Staaten und ein Euro-Finanzminister, würden an den Lebensverhältnissen wenig ändern.

20 Mit realistischen und realisierbaren Perspektiven kann auch das Werben für Europa wieder Sinn machen und überzeugen.

Digitalisierung

Initiativantrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bundesvorstand

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Soziale Verantwortung und „digitale Zukunft“

5 Mit dem Ziel, die kognitive Automation wirksam zu regulieren und die kognitive Barrierefreiheit zu erhöhen, ist zu prüfen, ob staatliche bzw. öffentlich-rechtliche Stellen mehr Verantwortung für digitale Dienste, z.B. Verzeichnis-Infrastrukturen übernehmen sollten. Wo der Betrieb nicht selbst rückverstaatlicht wird, wären auch Vorreiterfunktionen oder sogar Entwicklungsaufgaben denkbar, die gegen die Entmündigung und Verdummung durch zentralistische Push-Medien und Streams (Timeline, Chronik) wirken könnten.

Antragsbereich D/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen in geänderter Fassung

Ethische Regeln für Digitalisierung / digitale Transformation erarbeiten

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf die Entwicklung von einklagbaren ethischen Regeln im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Transformation der Lebens- und Arbeitswelt hinzuwirken. Besonderer Fokus soll dabei auf die Veränderungen für die Wirtschaft gesetzt werden. Hierzu soll die Aufnahme eines weiteren Arbeitsschwerpunkts zur bereits begonnenen Arbeit der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ (KI) oder die Einrichtung einer eigenen Kommission geprüft werden.

Wir fordern auf, folgende Themenbereiche auf Chancen und Potenziale der KI sowie die damit verbundenen Herausforderungen zu untersuchen:

10 1. Bedeutung der Kombination von KI, dem Internet der Dinge, der Robotik und dem Maschinenbau und weiterer Schlüsseltechnologien für den Wirtschaftsstandort Deutschland,

- insbesondere auch im Hinblick auf den Mittelstand
2. notwendige Infrastruktur zur weiträumigen und sicheren Nutzung von KI und zum Schutz vor Cybercrime
 3. Veränderungen der Arbeitswelt durch KI
 - 15 4. Veränderung von Wertschöpfungsketten durch KI
 5. Fähigkeiten von KI-Systemen in der Kooperation und Kollaboration mit dem Menschen im beruflichen Umfeld
 6. Auswirkungen des technologischen Wandels auf die Soziale Marktwirtschaft, Tarifbindung und Mitbestimmung
 - 20 Besonderes Augenmerk werden wir als AG 60 plus darauflegen, dass ältere ArbeitnehmerInnen an dem notwendigen beruflichen Weiterbildungsprozess beteiligt und entsprechende Tarifverträge (TVQ) angeregt und ausgehandelt werden.
 7. Potenziale von KI für Umwelt- und Klimaschutz sowie eine ressourcenschonende Produktionsweise
 - 25 Die Digitalisierung muss es den älteren Menschen ermöglichen, länger selbstständig zu sein und auch am Gemeinschaftsleben teilnehmen zu können. Dabei geht es wesentlich darum, dass es auch in „der schönen neuen Welt“ sozial gerecht zugeht. Das bedeutet: bezahlbare Digitalisierung.
 - 30 Darüber hinaus wird der Parteivorstand aufgefordert, die fortwährende Diskussion zu einer „digitalen Ethik“ durch ein eigenes, regelmäßig öffentliches Forum zu begleiten und damit aktiv den gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten.

Antragsbereich D/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Hamburg

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen*

Beschluss: Angenommen

Lebenshilfe im digitalen Zeitalter sicherstellen

Neben staatlichen Förderungen für das Beherrschen digitaler Techniken in Berufsleben und Ausbildung werden in öffentlicher Verantwortung auch für private Anwendung geförderte Hilfen für Arbeit und Umgang mit digitalen Werkzeugen gewährt.

- 5 Wohnortnah werden in öffentlicher Verantwortung dauerhaft Schulungen, Unterrichtungen sowie Hilfestellungen bei akuten Problemen im Einzelfall sichergestellt.

Antragsbereich D/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Nord

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Recht auf analoge Teilhabe

Der SPD Bundesvorstand, Landesvorstand und die Bundes- und Landtagsfraktionen werden aufgefordert zu verhindern, dass im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung die Teilhabe von Bürger*innen ohne Internetanschluss am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Leben ausgeschlossen oder behindert wird.

5

Das bedeutet ein Recht zu haben am Leben unserer Gesellschaft ohne Zwang zur Digitalisierung und Vernetzung des privaten Lebens teilzuhaben.

10

Insbesondere müssen Informationsabruf, Antragstellung und Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung auch ohne Internet weiterhin möglich sein. Grundsätzlich fordern wir ein Recht auf analoge Teilhabe.

Antragsbereich D/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Nord

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Versorgung des ländlichen Raums mit 5G-Netz

Der SPD Bundesvorstand, Landesvorstand und die Bundes- und Landtagsfraktionen werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass auch der ländliche Raum im Rahmen der Daseinsvorsorge in angemessener Zeit mit dem superschnellen Mobilfunkstandard 5G flächendeckend ausgestattet wird.

5

10 Bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen durch die Bundesnetzagentur wurde lediglich die Sicherstellung einer Abdeckung von 98% der Haushalte sowie Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen gefordert.

Hierdurch ist absehbar, dass in erster Linie der städtische Bereich versorgt wird.

15 Der ländliche Bereich ist für die Netzanbieter nicht so lukrativ und würde sicherlich vernachlässigt werden. Die Bundesregierung bezeichnet den 5G Mobilfunkstandard zu Recht als Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation. Davon darf der ländliche Bereich in schwach besiedelten Gebieten nicht abgekoppelt werden.

Entwicklungspolitik

Antragsbereich EP/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen mit Änderungen

Nachhaltige Entwicklungs-Zusammenarbeit

Nachhaltige Entwicklungs-Zusammenarbeit wird künftig

- 5 1. eine Berufsbildungsinitiative in den Ländern initiieren. Diese muss so organisiert sein, dass nach der Ausbildung die Gesellen in den Handwerksbereichen Fuß fassen können. Dabei kommt es darauf an, dass zum Beispiel in der Landwirtschaft gelernt wird, wie bessere Erträge zu generieren sind.
- 10 2. zusammen mit der Stiftung Weltbevölkerung die Staaten anregen, dass staatliche Stellen Programme für persönliche Familienplanung organisieren.
- 15 3. in der Gesundheitspolitik die Einführung einer Renten- und Krankenversicherung vorantreiben. Da können wir mit Know How helfen.
- 20 4. korrupte Politiker nicht unterstützen (Lebensmittelhilfe landet in den Händen korrupter Politiker). Schwarzmarkt führt zu Dumpingpreisen als Konkurrenz für die heimischen Bauern.
- 25 5. den wirtschaftlichen Fortschritt in armen Ländern nicht behindern (sie sollen ihre Infrastruktur selbst verbessern, Gesetze schaffen, die die Marktwirtschaft verbessern, Freihandel mit der EU ausweiten).
6. nicht indirekt zur Finanzierung der Gewalt eingesetzt werden (Missbrauch von Hilfsleistungen).
7. keinen Wettbewerb unter den Hilfsorganisationen zulassen.

Europapolitik

Antragsbereich E/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPE-Fraktion

Beschluss: Angenommen

EUROPA weiterentwickeln - Fortführung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den grenzüberschreitenden Regionen von Deutschland und seinen Nachbarländern

5 Wir fordern die SPD-Fraktionen aller Bundesländer mit Grenzregionen auf, die Zusammenarbeit zwischen ihnen und ihren Nachbarländern weiterzuführen und zu verbessern. Dazu sollen auch die neuen Rahmenbedingungen des Aachener Vertrages dienen. (Kapitel 4, „Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit“)

Folgende regionalpolitische Themenfelder sollen dabei angepackt werden:

10 Ärztliche Versorgung, Wasser/Abwasser, Verkehr, Tourismus, Bildung/Schulen, Kultur, Feuerwehr, Klimaschutz, Verwaltung etc..

Wir regen an, dass diese Themen in entsprechenden Parlamentsausschüssen/Arbeitskreisen bearbeitet werden.

Friedenspolitik

Antragsbereich F/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

EmpfängerIn(nen):
SPD-60 plus Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPE-Fraktion

Beschluss: Angenommen mit Änderungen

Initiative für eine starke Friedenspolitik

5 Der Bundeskongress der AG 60 plus fordert den SPD Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD- Fraktion im Europaparlament auf, im nationalen und europäischen Bereich, politisch verbindliche Initiativen für einen neuen Ansatz zur Friedenssicherung einzuleiten.

10 Am Beschluss der NATO-Staaten, die Ausgaben bis zum Jahr 2024 auf jährlich 2 % des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, halten wir nicht fest. Damit soll auch der Wehretat nicht weiter erhöht werden. Der Beschluss der NATO-Staaten hat keine rechtlich verbindliche Basis und muss einer Evaluierung unterzogen werden.

15 Die SPD-Bundestagsfraktion wird nach der Ankündigung der neuen Verteidigungsministerin – nicht nur als Teil der aktuellen Großen Koalition – aufgefordert, entsprechenden Tendenzen aktiv entgegenzutreten und deutlich zu machen, dass mit ihr eine solche Erhöhung der Rüstungsausgaben nicht zu machen ist.

20 In der EU wollen wir an die Traditionen der Friedens- und Entspannungspolitik und der Europäischen Idee zugleich anknüpfen und so eine Gesamtkonzeption eröffnen, die wie kaum eine andere das Potential zu einer massenhaften Unterstützung in der Bevölkerung hat. Hier könnte eine gemeinsame Entwicklung über eine Deckelung der Gesamtausgaben sogar zu einer Reduzierung führen und erhebliche Mittel zugunsten der internationalen Zusammenarbeit freisetzen.

Antragsbereich F/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen mit Änderungen (Hinweis auf A31)

Lagerung von Atomwaffen in Büchel, Rheinland – Pfalz / Keine weitere Anhebung des Wehretats/

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen, um die Regierung der USA zu bewegen, die Atomwaffen, die in Büchel lagern, abzuziehen.

Gesundheitspolitik

Antragsbereich G/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Doppelverbeitragung beenden

5 Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD wirken darauf hin, dass das GKV-Modernisierungsgesetz von 2004 dahingehend geändert wird, dass die Beitragspflicht auf betriebliche Altersvorsorgeleistungen für Pflicht- und freiwillig Versicherte in der GKV aufgehoben wird.

Die Änderung ist unverzichtbar, um die Benachteiligung der gesetzlich Versicherten gegenüber den Privatversicherten aufzuheben und die ungerechtfertigte doppelte Verbeitragung der gesetzlich Versicherten zu beenden.

Antragsbereich G/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschlussempfehlung: Angenommen

Doppelverbeitragung in der betrieblichen Altersversorgung

5 Für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bezieher von Betriebsrenten und anderen Versorgungsbezügen (u.a. Direktversicherungen) muss die im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) beschlossene gesamte Beitragspflicht (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer Anteil) für alle Betroffenen für den Arbeitgeberanteil rückgängig gemacht werden.

Antragsbereich G/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hannover

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen zur Verstärkung der Beschlusslage

Solidarische Bürgerversicherung Gesundheit Krankenversicherung/ Pflegeversicherung

Wir werden Krankenversicherung, Pflegeversicherung und medizinischer Rehabilitation der KV unter dem Dach der GKV zusammenführen

- 5 Eine Bürgerversicherung ist gerechter als die derzeitige Beitragsfinanzierung, weil sie die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung konsequent am Grundsatz der Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers orientiert.

- In der Kranken- und Pflegeversicherung werden vergleichbare Lebensrisiken versichert. Die organisatorische Trennung der teilweise wettbewerblich ausgerichteten GKV von der nichtwettbewerblich organisierten sozialen Pflegeversicherung (SPV) bringt erhebliche Nachteile für die Nutzer. Sie ermöglicht Verschiebungen der Kosten zwischen beiden Versicherungszweigen und führt in vielen Fällen zu unklaren Zuständigkeiten, welche die Versorgung des Pflegebedürftigen erheblich erschweren können.
- 10

Antragsbereich G/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Wiedereinführung eines Sterbegeldes (Beerdigungszuschuss)

Das Sterbegeld als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen wird als Ergänzung der bisherigen Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung wieder gewährt.

- 5 Es ist eine Leistung in angemessener Höhe, entsprechend der Beamtenversorgung nach § 18 BVersG Bund, in einer Summe auszuzahlen, einzuführen.

Wobei als „angemessene Höhe“ derzeit ca. 7.500,00 Euro angesehen werden müssen, da sich die durchschnittlichen Kosten in dieser Größenordnung bewegen.

Antragsbereich G/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Hamburg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen in geänderter Fassung

Das Sterben würdig begleiten

5 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen werden zu würdiger Betreuung Schwerstkranker und Sterbender verpflichtet. Statt interessierten Einrichtungen Kostenübernahme, Beratung und Schulung nach deren Entscheidung anzubieten, wird eine ethisch und medizinisch zeitgemäße Betreuung vorgeschrieben. Deren Mindestrahmen wird vom Gesetzgeber gemeinsam mit erfahrenen und in der palliativen Betreuung engagierten Verbänden und Initiativen formuliert. Die Kosten der Leichenschau sollen durch die Krankenkassen übernommen werden.

Antragsbereich G/ Antrag 9

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Transparenz und Qualität der Beratung durch die unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wieder in die Trägerschaft kommt, in der die UPD - seit ihrer Gründung bis zum Ende des Jahres 2015 – war.

5

- 10 Die UPD soll wie bis zum Ende 2015 praktiziert, wieder in gemeinnützige Trägerschaft des Sozialverbandes VdK, der Verbraucherzentrale Bundesverband und des Verbandes unabhängiger Patientenberatung zurückgeführt werden und dort auch auf Dauer erhalten bleiben.

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, Transparenz und Qualität bei der UPD wiederherzustellen.

Antragsbereich G/ Antrag 10

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Befreiung von Zuzahlungen

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass Patienten bei einer Befreiung von der Zuzahlung von Medikamenten durch die Krankenkasse auch von der Zuzahlung weiterer medizinischer Produkte, die individuell notwendig sind, wie z.B. die Versorgung eines Seitenausgangs oder bei Inkontinenzmaterialien befreit werden.

5

Antragsbereich G/ Antrag 11

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Der Bundeskongress der AG 60 plus fordert den SPD Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion auf, die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Absicht für eine kostendeckende Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung für ALG II Bezieher schrittweise einzuführen und aus Steuermitteln zu realisieren und einen Finanzierungsplan für die kommenden Jahre aufzustellen.

5

10 Im Jahr 2016 sind für ALG II-Bezieher zwar ca. 4 Milliarden Euro vom Bund in den Gesundheitsfonds eingezahlt worden – die Ausgaben der GKV für diese Gruppe hätten aber ca. 12,7 Milliarden Euro betragen. Das entspricht einer Unterdeckung somit von ca. 8,7 Milliarden Euro.
Die Beitragszahler – darunter also auch alle Rentenbezieher – müssen hier entlastet werden.

Pflegepolitik

Antragsbereich P/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LO Bremen

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen*

Beschluss: Angenommen

Stärkung der Pflegeversicherung

- 5
1. DIE BUNDESKONFERENZ DER AG 60 plus spricht sich für einen grundsätzlichen Umbau der Pflegeversicherung aus: Statt der Leistungen sollen zukünftig die Eigenanteile der Versicherten auf eine feste Summe gedeckelt und langfristig ganz abgeschafft werden. Pflegebedürftigkeit wird damit zumindest finanziell tragbar.
 - 10 2. DIE BUNDESKONFERENZ DER AG 60 plus spricht sich für eine Ausweitung der sozialen Pflegeversicherung aus: Die aktuelle Trennung in einen gesetzlichen und einen privaten Teil ist unsolidarisch und wie in der Krankenversicherung überholt. Zunächst ist ein fairer Finanzausgleich notwendig, mittelfristig eine einheitliche soziale Pflegeversicherung.
 - 15 3. DIE BUNDESKONFERENZ DER AG 60 plus spricht sich für eine gerechtere Lastenverteilung aus: Die Beitragsbemessungsgrenze sollte auf das Niveau der Renten- und der Arbeitslosenversicherung angehoben und ein Bundeszuschuss aus Steuermitteln eingeführt werden. Dies dient der faireren Finanzierung zusätzlicher Aufgaben und der Pflege insgesamt.

Antragsbereich P/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Altenpflege als solidarische Zukunftsaufgabe

Vor dem Hintergrund, dass die Bedingungen in der Altenpflege immer schwieriger werden, ist zu befürchten, dass die zunehmende Zahl der pflegebedürftigen älteren Menschen, stationär und ambulant nicht mehr hinreichend pflegerisch versorgt werden können. Daher ist zu fordern:

5

1. Die notwendige Finanzierung einer effizienten pflegerischen Versorgung ist durch eine geeignete Mischfinanzierung sicherzustellen.

10

2. Nur, wenn der Altenpflegeberuf durch geeignete Maßnahmen attraktiver gestaltet wird, steigt die Bereitschaft junger Menschen, den Altenpflegeberuf zu ergreifen. Dazu gehören auch eine entsprechende Einkommensentwicklung und allgemeinverbindliche Tarifverträge für die Altenpflegekräfte.

15

3. Eine bundeseinheitliche Ausbildung auf hohem fachlichen Niveau erfordert entsprechende Voraussetzungen der Ausbildungsstätten.

20

4. Die zuständigen Gebietskörperschaften haben verbindliche Pflegestrukturpläne für ihren Zuständigkeitsbereich zu erstellen. Darin ist zu sicherzustellen, dass Pflegeberatung, Pflegemanager und Gemeindeschwester plus unter dem Dach der Pflegestützpunkte flächendeckend zusammengefasst werden.

Antragsbereich P/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Kurzzeitpflege

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, ein Konzept im Bereich der Kurzzeitpflege zu entwickeln, das

- 5 - ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen sicherstellt;
 - solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtungen fördert (analog Sonderförderprogramm „Solitäre Kurzzeitpflege“ in Baden-Württemberg) und
 - 10 - die Qualität für eine fachgerechte Kurzzeitpflege gewährleistet.
- Grundlage dieses Konzeptes muss eine gesicherte wirtschaftlich tragfähige Vergütung sein.

Antragsbereich P/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

Beschluss: Angenommen mit Änderung

Keine Roboter als Pfleger im Altenheim

- 2 Die AG 60 plus spricht sich gegen den Einsatz von Robotern als Ersatz von Pflegepersonal in der Altenpflege aus.

Antragsbereich P/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktionen*

Beschluss: Angenommen

Eigenanteil Pflegeheim

2 Wir fordern die jetzige Pflegeversicherung durch eine Pflegevollversicherung mit Vollkostenübernahme und begrenztem Eigenanteil der Versicherten zu ersetzen.

Antragsbereich P/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand*

Beschluss: Angenommen

Dänisches System der Altenpflege

5 Der Bundesvorstand der SPD wird aufgefordert, zu überprüfen welche Elemente des dänischen Systems der Altenpflege sich auf deutsche Verhältnisse übertragen lassen, damit sie gegebenenfalls Bestandteil der sozialdemokratischen Programmatik werden können.

Antragsbereich P/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Überwiesen an die ASG

Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II - hier: monatlicher Entlassungsbetrag

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Befristung zum Ansparen des Entlassungsbeitrages (125 Euro/monatlich) aufzuheben.

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass nicht abgerufene Mittel für die/den Betroffene/n ohne zeitliche Begrenzung zur Verfügung stehen, d.h. ohne Befristung angespart werden können.

Antragsbereich P/ Antrag 9

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Brandenburg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Mitglieder der Bundesregierung

Beschluss: Angenommen

Gleichstellung von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen

- 5 Die SPD-Fraktion des Bundestags und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert, durch eine gesetzliche Regelung sicher zu stellen, dass Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime) im Falle des Todes eines Patienten/einer Patientin, bevor die schon beantragte Leistung bewilligt ist, gleichgestellt werden. Im SGB XII muss der §19 Absatz 6 dringend geändert werden. Die Worte „für Einrichtungen“ müssen ersetzt werden durch die Worte „für Leistungen aus Absatz 3“.

Antragsbereich P/ Antrag 10

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Landesweite Sicherstellung der Essensversorgung für ältere Mitbürger

3 Landesweit, vor allem im dünn besiedelten ländlichen Raum, ist sicherzustellen, dass die Essensversorgung älterer Mitbürger zuverlässig ist, auch dort, wo wirtschaftliche Erwägungen angeführt werden, wenn Lücken entstehen.

Rentenpolitik

Antragsbereich R/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Saarland

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Wir fordern ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt

5 Seit ihrer Einführung 1891 ist die Rentenversicherung aus dem System der deutschen Sozialversicherung nicht mehr wegzudenken. Allerdings muss jetzt etwas getan werden, um sie auch in Zukunft für die Sicherung des Lebensstandards im Alter erhalten zu können. Immer häufiger reicht die gesetzliche Rente auf Grund unterbrochener Erwerbsbiografien, Frühverrentungen oder zu niedrigem Einkommen nicht mehr aus, um im Alter gut oder wenigstens angemessen leben zu können. Vielen droht Armut.

10 Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.

Neben der demografischen Entwicklung, erfordern geänderte Erwerbsbiografien mit Mischungen aus Angestelltenverhältnissen, Zeiten der Selbständigkeit, der Arbeitslosigkeit,

15 Zeiten prekärer Beschäftigung, Pflege- und Erziehungszeiten oder Sabbatzeiten deshalb wesentliche Systemänderungen, um unser Rentensystem zukunfts- und armutsfest zu machen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

20 Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) muss die tragende Säule der Alterssicherung sein.

25 Das System der gesetzlichen Rentenversicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder allein durch die gesetzliche Rentenversicherung erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

30 Deshalb erwarten wir als erste Voraussetzung eine Reform der Rentenformel. Es muss wieder der Grundsatz gelten: „Die Renten folgen wieder den Löhnen“. Die geforderte Reform mit der genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Netto-Rentenniveau von wieder über 50 %.

35 Anpassung der Rentenformel

Um die gesetzliche Rente wieder zukunftsfest und vor allem lebensstandardsicher zu machen, sind auch Anpassungen an der Rentenformel notwendig. Niveaudämpfende Elemente wie der Riester- oder der Nachhaltigkeitsfaktor sind zu streichen, die Rente muss wieder an die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt werden.

40 Bei Anspruch auf Grundsicherung im Alter fordern wir eine Grundrente nach 15 Mindestentgeltpunkten (zurzeit 481,20 € west) als Dauerlösung. Die weiteren Ansprüche der Grundsicherung bleiben bestehen. Damit wollen wir vermeiden, dass trotz langjähriger Vollarbeitszeit keine armutsfreie Rente erworben wird. Der Wert wird gemäß der Rentenversicherung immer regelmäßig angepasst.

45 Wenn der Anspruch auf Grundsicherung im Alter besteht wird das eigengenutzte Wohnungseigentum (1 Wohnung) nicht angerechnet.

50 Außerdem sollte die Rente nach Mindestentgeltpunkten verlängert und in diesem Zuge sogar entfristet werden. Dadurch wird dieses Instrument zu einer Verbesserung der Rentenansprüche der Arbeitnehmer *innen für in der Vergangenheit liegende Phasen des Niedriglohnbezugs und/oder Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse mit negativen Auswirkungen auf die Rente. Sie ist damit ein wirksames Instrument für die Vergangenheit und die Zukunft

55 Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert wird.

Riester-Rente: Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge durch den Staat hat die Erwartungen nicht erfüllt.

60 Wir fordern deshalb, dass die Verbindlichkeit der bestehenden Verträge umfänglich erhalten bleibt. Eine weitere Förderung neuer Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht mehr.

Entgeltumwandlung bei Betriebsrenten: Eine Entgeltumwandlung lehnen wir ab, bis die

Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, einen finanziellen Beitrag zu leisten. In jedem Falle muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die umgewandelten Einkommen entfallen.
65 Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Steuermittel auszugleichen.

Die private Altersvorsorge soll nur noch der optionalen privaten
70 Ergänzung zur gesetzlichen Altersvorsorge dienen. Die gesetzliche Altersvorsorge muss wieder das Standbein der Altersvorsorge sein. Private Altersvorsorge sollte allenfalls eine freiwillige Ergänzung sein und nicht vom Staat gefördert werden. Die bisherige Förderung solcher Modelle (z.B. Riester) sollte für Neuverträge auslaufen und die Haushaltsmittel dem allgemeinen Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung zugeführt werden.

75 Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen –Erwerbstätigen-Versicherung

Wir fordern die gesetzliche Rentenversicherung mutig und konsequent zur Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln. Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung durchzuführen.

80 Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters, der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für alle zu erreichen.

85 Wir fordern eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen. Bestehende Alterssicherungssysteme bleiben bestehen, können aber keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen (Bestandsschutz) und laufen mit einer angemessenen Übergangszeit aus. Ein Wechsel in das neue Rentensystem soll unter Mitnahme bestehender Ansprüche möglich sein.

90 Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern wir die Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbständige und vor allem der Soloselbständigen.

Das Rentensystem solidarisch finanzieren

95 Auch zukünftig soll das Rentensystem solidarisch, also paritätisch, finanziert werden. Arbeitgeber*innen sollen aber außerdem die Möglichkeit haben, einen höheren Arbeitgeberanteil an die Rentenkasse zu zahlen.

Der derzeit mögliche Verzicht auf die Rentenversicherung bei Mini-Jobs ist zu streichen. Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu berücksichtigen und von der Arbeitslosenversicherung zu entrichten.
100

Wir fordern deshalb:

Den Aufbau eines Demographie-Fonds, deshalb sollte auf Beitragssenkungen verzichtet werden. Die Beitragssätze werden, wenn erforderlich, kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt.
105

Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Renten-Versicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben entfällt. Eine Mindestrücklage von 0.5 Monatsausgaben wird eingeführt. Bei dem Erreichen der z. Zt. festgelegten Obergrenze von 22% ist zu prüfen, ob die dann erreichte Rücklage ausreicht, um die Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob die Regelung einer maßvollen Erhöhung der Beiträge bis zu einem für die Arbeitnehmer noch tragfähigen Beitragssatz ortgesetzt werden muss.
110

Wertschätzung der Arbeit

115 Rentnerinnen und Rentner, die gearbeitet haben, müssen bessergestellt werden, als Menschen, die niemals gearbeitet haben. Ein Instrument dazu könnten Freibeträge beim Bezug von Grundsicherung im Alter sein. Auf diese Art und Weise bleibt das Lohnabstandsgebot gewahrt und die Lebensarbeit wird gewürdigt.

120 Zur Erlangung höherer Rentenansprüche im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut ist auch eine deutliche Anhebung des Mindestlohns notwendig. Der Spielraum der Mindestlohnkommission ist an enge Vorgaben gebunden. Eine deutliche Mindestlohnanhebung ist nur durch das Parlament möglich.

Zur Vermeidung des Armutsrisikos erwarten wir die Anhebung des Mindestlohnes auf ein europäisches Niveau unserer Nachbarländer.

125 Wir unterstützen ausdrücklich die Vorschläge von Hubertus Heil zu einer Grundrente nach vielen Jahren Rentenversicherungszeiten oberhalb der Grundsicherung.

130 Eine Würdigung dieser Lebensleistung im Rahmen des Rentensystems leistet einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung von Altersarmut und zur Reduzierung einer Bedürftigkeitsprüfungs-Prozedur, die häufig genug als Blockade verstanden wird und von der Inanspruchnahme zustehender Leistungen abhält.

Gleitende Übergänge in die Rente – statt Rente mit 70

135 Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab. Vielmehr müssen flexible Übergänge in den Ruhestand gefördert werden. In diesem Zusammenhang sind auch Renten wegen Erwerbsminderung wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente soll das aktuelle Renteneintrittsalter der Versicherten sein.

140 Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren
Versicherungsfremde Leistungen, wie etwa die Mütterrente, Witwen- und Waisenrente, und andere sollen aus Steuermittel finanziert werden. Sie sind Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Wertschätzung von Leistungen oder eines staatlichen Unterstützungsauftrages und als solche nicht aus Beitragsmitteln zu finanzieren.

145 Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunfts-sicheres Alterssicherungssystem, das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle bietet.

150 Es schafft Sicherheit für die Planung der Jüngeren. Es verringert die Angst von Frauen und Männern, nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die Älteren können sicher sein, am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

155 Es ist damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unseres Landes geschaffen.

Antragsbereich R/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Berufsunfähigkeitsrente

Die Bundeskonferenz der AG 60Plus beschließt, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzt, dass Erkrankungen durch die Ausübung der beruflichen Tätigkeit wieder im Erstattungskatalog der Berufsgenossenschaften aufgenommen werden, dazu gehört:

- die Anerkennung von Berufskrankheiten und
- die Umkehr der Beweislast auf die Berufsgenossenschaften.

Antragsbereich R/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

EmpfängerIn(nen):
SPD-60 plus Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Rentenpolitik

Deutschland verfügt über die größte Wirtschaftskraft in Europa: Diejenigen, die aus dem Berufsleben ausscheiden, haben wesentlich zu der wirtschaftlich starken Position beigetragen. Wir fordern die SPD daher auf, endlich unsere Rentner ähnlich zu stellen, wie es in unseren Nachbarländern seit Jahrzehnten üblich ist.

5

Wir fordern die SPD auf, ein Rentensystem zu entwickeln, dass sich am Jahrzehnten bewährten österreichischen Rentensystem orientiert, insbesondere an der Rentenhöhe.

Hierzu bedarf es:

10

Der Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente.

- Der Wiedereinführung der Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose
- 15 Der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.
- Der Finanzierung der Mütterrente aus Steuermitteln.
- 20 Der Einführung einer Mindestrente von 1000 € (durch Berechnung geringer Renten nach Mindesteinkommen und zusätzlicher steuerlicher Bezuschussung)
- 25 Der Beendigung der Riesterförderung. (bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge) Keiner weiteren Förderung von privater oder betrieblicher kapitalgedeckter Altersvorsorge. Der Einführung einer Beschäftigtenversicherung in die alle einzahlen. Erweiterung der Finanzierungsgrundlagen durch Einbeziehung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und aus Kapitalvermögen. Wie erwarten daher: Von der SPD die Einrichtung einer eigenen Kommission zur Erarbeitung eines Rentenkonzeptes, das drohende Altersarmut verhindert. Hierbei muss Rentensicherheit Vorrang vor Beitragsstabilität haben. Vorhandene Steuermittel müssen in die gesetzliche fließen und nicht in kapitalgedeckte Altersvorsorgemodelle, die den Unsicherheiten des Kapitalmarktes ausgesetzt sind.
- 30

Antragsbereich R/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Nord

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Mitglieder der Bundesregierung*

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Österreichisches Rentensystem übernehmen

- Die Bundeskonferenz der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordert die Mitglieder in der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenkommission sowie die Bundestagsfraktion auf, sich bei ihren Vorschlägen für eine langfristige, generationengerechte und solidarisch finanzierte gesetzliche Rente in Deutschland das Modell der österreichischen Rentenversicherung zu Grunde zu legen.
- 5

Antragsbereich R/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hannover

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
Rentenkommission des SPD-Parteivorstandes

Beschluss: Angenommen

Die SPD wird eine Erwerbstätigenversicherung einführen

Wir werden die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei werden wir schrittweise die Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke werden wir integrieren.

5

Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.
- Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
- Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen.
- Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
- Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaft in der Familie abbilden. Die Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen, die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.
- Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien anpassen. Wer

berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.

- Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu übernehmen.

Antragsbereich R/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Mitglieder der Bundesregierung*

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Grundrente und Erwerbstätigenversicherung

Die AG SPD 60 plus unterstützt ausdrücklich das Konzept der Grundrente, das Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil vorgelegt hat, und fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass

5

- die Finanzierung ausschließlich aus Steuermitteln erfolgt
- keine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet
- die Möglichkeit flexibler Übergänge statt starrer Zugangsvoraussetzungen von 35 Beitragsjahren geschaffen werden

10

- Zeiten von Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden sowie
- die gesetzliche Rentenversicherung durch Einbeziehung aller Erwerbseinkommen zukunftssicher gemacht wird. (Erwerbstätigenversicherung

Antragsbereich R/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Alterssicherung

Die SPD muss in der Rentenpolitik dafür sorgen,

- dass das Nettorentenniveau vor Steuern in absehbarer Zeit wieder auf über 50% angehoben wird.
- 5 • dass die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Altersvorsorge wird.
- dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird.
- dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf.

Antragsbereich R/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Prozentuale Aufstockung der Rente

- Die jährliche prozentuale Aufstockung der Renten ist durch einen Festbetrag zu ersetzen, der für alle Rentner*innen gleich ist, unabhängig von der Höhe der Rente. Dieser Festbetrag wird jedes Jahr aus dem Durchschnitt der Aufstockung der letzten 20 Jahre ermittelt.
- 3

Antragsbereich R/ Antrag 9

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

Beschluss: Überwiesen an die Rentenkommission PV

Rentenansprüche für alle pflegenden Angehörigen

5 Die SPD AG60 plus fordert die im seit Anfang 2017 geltenden Pflege-versicherungsgesetz festgeschriebene Beschränkung, die voll erwerbstätige sowie sich bereits im Rentenalter befindliche pflegende Angehörige vom Erwerb (zusätzlicher) Rentenpunkte ausschließt, zu streichen.

10 Die Anrechnung von Pflegezeiten im Rentenrecht soll unabhängig vom Erwerbsstatus der pflegenden Person erfolgen. Es soll die gesetzlich geforderte Anspruchsvoraussetzung, die eigene Erwerbstätigkeit auf 30 Stunden zu reduzieren, entfallen.

Es soll die Möglichkeit eingeräumt werden, auch bei Bezug einer Vollrente wegen Alters nach Erreichen der Regelaltersgrenze Rentenanwartschaften zu erwerben.

SPD

Initiativantrag 2

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Einrichtung eines säkularen Arbeitskreises

Der Parteivorstand richtet in Analogie zu den Arbeitskreisen nach § 10 Absatz 2,

Arbeitskreis Christen (AKC)

5 Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS)

10 Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS)

einen Arbeitskreis „Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ ein.

Antragsbereich SPD/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Beitragsfreiheit als Anerkennung für langjährige Mitgliedschaft

Langjährigen treuen Mitgliedern der SPD kann als Ausdruck der Wertschätzung bei 50 Jahren Mitgliedschaft in der Partei auf Antrag ihres Ortsvereins Beitragsfreiheit gewährt werden.

3

Antragsbereich SPD/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand*

Beschluss: Angenommen

Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert den SPD-Bundesvorstand auf, ihre Strategie aufzugeben, wonach nur Koalitionen unter Ausschluss der Partei „Die Linke“ vorstellbare Koalitionsvarianten sein können. Auf absehbare Zeit wird diese Haltung keine Regierungsoption mit SPD-Richtlinienkompetenz eröffnen.

5

Antragsbereich SPD/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

*EmpfängerIn(nen):
Organisationspolitische Kommission
SPD-Landesverbände*

Beschluss: Angenommen

Fortbestand der Mitarbeit von SPD-Mitgliedern bei inaktiven Ortsvereinen

Dort, wo Ortsvereine inaktiv sind, das heißt, wo in den letzten vier Jahren keine ordentlichen Vorstandswahlen stattgefunden haben, ist die nächsthöhere Parteigliederung dafür verantwortlich, dass die verbliebenen Mitglieder über die Möglichkeit der Mitarbeit in einem aktiven Ortsverein informiert werden.

5

Die zuständigen Geschäftsstellen sind zur Unterstützung zu verpflichten, die bei diesem Vorhaben zwingend geboten ist.

Antragsbereich SPD/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand
SPD-Landesverbände
Organisationspolitische Kommission

Beschluss: Angenommen

Für eine mutige SPD

Um auf kommunaler Ebene das Parteiprofil sichtbar zu machen und zu schärfen, fordert der Landesvorstand die Arbeit in den Ortsvereinen zu reformieren, personelle Angebote zu verstärken und die Ergebnisse sichtbar nach außen zu tragen. Dazu sind

5

- themenbezogene offene Veranstaltungen durchzuführen,
- vorhandene Ortsvereine zu aktivieren und neue Ortsvereine zu gründen,
- überörtliche Zusammenschlüsse zu initiieren

und alle dort eingebrachten Vorschläge zu sichten und zu sortieren.

10

Projekte mit Kümmerern, die aus den Veranstaltungen hervorgehen, sind zu entwickeln und umzusetzen.

Anträge sind an Adressaten (z.B. Gemeinderat, Parteigremien) zu stellen.

Die Kommunikation ist über Medien in die Öffentlichkeit zu tragen.

15

Controlling der Ausführung ist sicherzustellen.

Um im Land und im Bund eigene Konzepte aus wirtschaftlicher und sozialer Kompetenz weiter zu entwickeln, Zukunftsängste ernst zu nehmen und zu mindern und dabei inhaltlich klar und glaubwürdig zu sein, fordert der Landesvorstand

20

- sozialdemokratische Perspektiven und Visionen von der Parteibasis her zu entwickeln und zu verfolgen und dabei keine Einschränkungen/Verfälschungen durch Regierungshandeln zum Zeitpunkt der Festlegung zuzulassen,

- Probleme und Ängste zu erkennen, ernst zu nehmen und Lösungen anzubieten,

25

- eine Außenwirkung der SPD herzustellen, die einheitlich, inhaltlich klar und glaubwürdig ist.

Antragsbereich SPD/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen mit Änderungen

Berichterstattung über weitergeleitete Beschlüsse

- 5 1. Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, innerhalb eines Jahres nach Vorlage von Anträgen, die die Bundeskonferenz AG SPD 60 plus beschlossen hat und deren Bearbeitung in ihrer Verantwortlichkeit liegt, das Ergebnis der Bearbeitung schriftlich der Antragstellerin zu berichten. Hierauf ist bei der Weiterleitung beschlossener Anträge ausdrücklich hinzuweisen.

- 10 2. Der Bundesvorstand der AG 60 plus hat in der jeweils folgenden Bundeskonferenz zu berichten, welche Ergebnisse die in der vorherigen Bundeskonferenz beschlossenen Anträge hatten.

Antragsbereich SPD/ Antrag 9

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

Beschluss: Angenommen

Intensivierung der persönlichen Mitgliederbetreuung

- 2 In den Ortsvereinen der SPD sind, um alle und vor allem die älteren Mitglieder zu erreichen und flächendeckend präsent zu sein, Mitgliederbetreuer einzusetzen.

Steuerpolitik

Antragsbereich S/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Finanzmarkttransaktionssteuer

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine auf der EU-Ebene geforderte und nun endlich mögliche Finanzmarkttransaktionssteuer nicht durch Beschränkung auf „börsliche“ Aktienverkäufe zu begrenzen.

5

Antragsbereich S/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagfraktionen

Beschluss: Angenommen

Konzerngewinne

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament auf, ALLE GEWINNE innerhalb eines Konzerns müssen dort versteuert werden wo sie erwirtschaftet werden. Steuervorteile jeglicher Art, auch durch Verrechnung innerhalb des Konzerns, müssen abgeschafft werden.

5

Antragsbereich S/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Steuereinnahmen

Die Bundeskonferenz der AG60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament auf, folgende Forderungen zur Finanzierung von gesellschaftlichen Verpflichtungen umzusetzen:

5

1. Beseitigung der Steueroasen; auch und insbesondere die in der EU

2. Einführung der Transaktionssteuer

10

3. Beseitigung der Steuervermeidung durch grenzübergreifende Organisationen wie Apple, Micro Soft, Facebook, Amazon usw.

4. Abschaffung von Entgeltumwandlung (Teile des Gehalts werden der privaten Vorsorge zugeführt und senken dadurch den steuerpflichtigen Gehaltsanteil).

15

5. Erhöhung des Personals der Steuerfahndung in den Finanzämtern.

Antragsbereich S/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
UB Diepholz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Erbschaftsteuer

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer prozentual erhöht werden.

5

Die Gesetze für die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer sollen überarbeitet und vereinfacht werden. Der Freibetrag bis zum Einsetzen der Steuern sollte sozial ausgestaltet sein.

Antragsbereich S/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
UB Diepholz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Vermögenssteuer / Einkommensteuer

Die SPD- Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dass die ausgesetzte Vermögenssteuer wieder in Kraft gesetzt wird.

- 5 Die untere Bemessungsgrenze und der Steuersatz sollen auf die heutigen Lebensumstände fortgeschrieben werden.

Weiter wird sie aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Einkommensteuersystem überarbeitet wird.

- 10 Der Einstieg in den Spitzensteuersatz soll höher angesetzt werden. Die Steuertabellen sollen jährlich an die Einkommensteuerentwicklung angepasst werden, um die „kalte Progression“ zu beseitigen.

- 15 Der Spitzensteuersatz soll auf 50 % erhöht werden.

Tarifpolitik

Antragsbereich T/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Süd

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundesparteitag

Beschluss: Angenommen

Lohndumping verhindern

Die SPD fordert im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Legislative und / oder Exekutive darauf hinzuwirken, dass Tarifbindungen (Allgemeinverbindlichkeiten von Tarifverträgen) besonders im Einzelhandel verbindlich für alle Firmen eingeführt werden.

5

Antragsbereich T/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Prekäre Beschäftigung

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, folgende Punkte umzusetzen:

- 5 1. Einschränkung aller prekären Beschäftigungsverhältnisse (geringfügige Beschäftigungen, Minijobs, Scheinselbstständigkeiten) auf die ursprünglich zur Abdeckung von Spitzenzeiten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen.
2. Stärkere Überwachung des Arbeitszeitgesetzes.
- 10 3. Stärkere Kontrollen gegen illegale Selbstständigkeiten

Umweltpolitik

Antragsbereich U/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Emissionen

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, in Zukunft schwerpunktmäßig gegen Großemittenten vorzugehen.

Emissionen von Kleinverbrauchern sind nachrangig zu betrachten.

5

Antragsbereich U/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Strompreisgestaltung

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der Stromendverbraucher den Strompreis, der an der Strombörse gehandelt wird, bezahlen muss!

5 Zusätzliche Stromkosten müssen von den Energieversorgern übernommen werden.

Die EEG-Umlage muss in Zukunft von den Energieversorgern bezahlt werden und darf nicht auf den Strompreis aufgeschlagen werden.

Antragsbereich U/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hessen-Nord

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand*

Beschluss: Angenommen

Gesetz gegen Lebensmittelvernichtung

Die Bundeskonferenz fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, umgehend ein Gesetzesvorhaben nach den Vorbildern Frankreichs und weiterer Länder zur Vermeidung von Lebensmittelvernichtung auf den Weg zu bringen.

- 5 Sie missbilligt die vom Kabinett beschlossene sogenannte Strategie von Bundesernährungsministerin Julia Klöckner als der Problematik nicht angemessen.

Antragsbereich U/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Parteivorstand*

Beschluss: Angenommen

Co2 Steuern mit sozialem Ausgleich einführen

Der SPD Landes- und Bundesvorstand werden aufgefordert, sich für die Einführung einer klimawirksamen Kohlendioxid-Bepreisung mittels einer entsprechenden Steuer einzusetzen.

- 5 Dabei ist sicherzustellen, dass insbesondere Gering- und Durchschnittsverdiener über ein Rückzahlssystem pro Kopf nicht stärker belastet werden als bisher, sondern je nach Verbrauch sogar eine belastungsabhängige energiepolitische Umverteilung stattfinden kann.

Antragsbereich U/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktionen
SPD-Bundesparteitag*

Beschluss: Angenommen

Privilegien abschaffen

Die SPD wird aufgefordert, sich für die Abschaffung steuerlicher Privilegien für besonders schädliche Energieträger, z. B. Flugbenzin, einzusetzen.

Antragsbereich U/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

*EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktionen
SPD-Bundesparteitag*

Beschluss: Angenommen

Tempolimit einführen

Die SPD wird aufgefordert, sich endlich für die Umsetzung des schon lange gefassten Beschlusses zu, Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen stark zu machen.

Antragsbereich U/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen mit Änderung

Seniorenticket für Deutschland – Klimaschutz unterstützen

Die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert sich deutschlandweit für günstige ÖPNV-Tickets für Seniorinnen und Senioren einzusetzen. Für 365 Euro im Jahr soll Männern und Frauen ab 65 Jahren ein Jahresticket angeboten werden, das im öffentlichen Verkehr in den jeweiligen Bundesländern ausschließlich der ICE 5 gilt. Dabei können Kinder unter 14 Jahren kostenlos mitgenommen werden. Zusätzlich sollten in allen Ballungsräumen Regionaltickets angeboten werden, die nicht mehr als 150 Euro kosten.

Antragsbereich U/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energiewende: Bundesebene

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen, durch den vom Menschen verursachten Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaft in der Gegenwart und der nahen Zukunft. 5 Auf dem Spiel steht die Überlebensgrundlage vieler Arten!

Wir alle, von der UN über die EU, den Bund, die Bundesländer, die Kommunen und die Wirtschaft bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern, sind verantwortlich für die Maßnahmenfindung und -umsetzung zum Klimaschutz und für die Energiewende, um

10 die Bedrohung so gering wie möglich zu halten. Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

1. Klimaschutz/Energiewende-Gesetzgebung

Das neue EU-Gesetzespaket "Saubere Energie für alle Europäer" vom Juni 2018 muss zügig in nationales Recht im Klimaschutzgesetz umgesetzt werden.

15 Der Klimaschutzplan muss effektiv gestalten und umgesetzt werden: Zielvereinbarungen mit Bundesländern abschließen, nationale CO₂-Steuer z.B. nach Vorbild der Schweiz (Bonus-Malus-System) einführen.

Die Wirtschaft muss gesetzlich, entsprechend ihrer mengenmäßigen Bedeutung, zu mehr Klimaschutz/Energiewende verpflichtet werden. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist auf europäischer Ebene eine Lösung zu finden. Notwendig wäre eine weltweite Vereinbarung.

20

2. Ausbau Erneuerbare Energien

25 Die Deckelung nach EEG §4 muss aus dem Gesetz gestrichen werden (Marktwirtschaft für EE herstellen!), weil sich die Wettbewerbsposition der Erneuerbaren (Wind, Sonne) ggü. den Fossilen umgekehrt hat, obwohl externe Kosten (Klimaschäden, Gesundheitsschäden etc.) noch nicht berücksichtigt sind.

Der Ausbaupfad muss quantitativ und qualitativ so entwickelt werden, dass der gesamte Energiebedarf zu 100 % aus Regenerativen gedeckt wird.

30 Die bestehenden Netze müssen optimiert werden, intelligentere und dezentrale Alternativen sind vorrangig zu realisieren.

Die EEG-Umlage muss auf alle Schultern verteilt werden. Es darf, wenn überhaupt, nur noch ganz wenige Ausnahmen geben. Der Ausbau der EE muss so gesteuert werden, dass Investitionen, Nutzen und Kosten sozialverträglich auf alle Schultern verteilt werden.

35

3. Ausbau des Eigenverbrauchs

Die Abgabenbelastung und die Bürokratie beim Eigenverbrauch sind zu eliminieren gemäß EU-Gesetzespaket "Saubere Energie für alle Europäer" vom Juni 2018. Dabei soll es keine Deckelung auf 30 kWp geben.

40

4. Verpflichtung der Wirtschaft

Die Politik muss das Wohl der Allgemeinheit einfordern: „Eigentum verpflichtet“ GG Art. 14.

45 Der Gesetzgeber muss die Wirtschaft zu wirksamen Vereinbarungen mit Sanktionen drängen. Darüber hinaus muss auch die direkte Projekt-Förderung gestärkt werden, z.B. durch Ausbau der Mittelstandsinitiative Energiewende, die sich nicht auf Dialog, Beratung und Qualifizierung beschränken sollte. Ohne finanzielle Steuerungsanreize (direkte/steuerliche Förderung in Verbindung mit Abgaben) wird es in Industrie und Gewerbe keine nennenswerten Energiewende geben.

50

Antragsbereich U/ Antrag 10

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hannover

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Abfallwirtschaftsgesetz ändern

Wir werden die Abfallgesetzgebung so ändern, dass ein Export von Plastikabfällen, auch wenn sie als Ergebnis der Trennung und als wiederverwertbar deklariert sind, untersagt wird.

5

Gelbe Säcke gehören nicht nach Asien und in die Meere.

Antragsbereich U/ Antrag 11

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
UB Diepholz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand

Beschluss: Angenommen

Verbot von Einwegkunststoff

Der SPD-Parteivorstand möge beschließen, dass auf allen Partei- und Wahlveranstaltungen keine Einwegkunststoffe mehr benutzt werden.

2

Wohnungs-/Wohnungsbaupolitik

Antragsbereich W/ Antrag 1

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Angenommen

Mehr Wohnungspolitischer Einfluss des Staates

Die SPD spricht sich für eine erhebliche Ausweitung des öffentlichen und genossenschaftlichen Sektors in der Wohnungsbaupolitik aus.

5 Hier ist sowohl das Instrument einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für ein Engagement in der Fläche als auch die Gründung und Unterstützung kommunalergewirtschaftlicher und nicht profitorientierter Träger nötig.

10 Eine weitgehende Weitergabe öffentlichen Grund und Bodens im Erbpachtverfahren und im Wege der Konzeptvergabe sowie ein entschlossener Einsatz - und ggf. eine Schärfung –

baurechtlicher Instrumente wie Baugebote sowie die Schaffung konsequenter

Mieterschutzregelungen wie Moratorium oder Mietendeckel können zu einer Zügelung deskapitalistischen Wildwuchses auf dem Wohnungsmarkt beitragen.

Antragsbereich W/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Förderung des Sozialen Wohnungsbaus

Der Landesvorstand der AG 60 plus fordert, den sozialen Wohnungsbau landes- und bundesweit zu stärken, um breiten Bevölkerungsschichten angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen:

- 5 1. Sozialer Wohnungsbau ist als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Landkreisen und Kommunen zu qualifizieren. Er umfasst neben dem Mietwohnungsbau und dem Kauf von Belegungsrechten auch die Wohneigentumsbildung für einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Des Weiteren sind altengerechter und barrierefreier Umbau sowie energetische Sanierungsmaßnahmen zu fördern.
- 10 2. Das Bundesbaugesetz und die Länderbaugesetze sind dahingehend zu ergänzen, dass Neubauten grundsätzlich nur noch barrierefrei errichtet werden.

Die erforderlichen Finanzierungsmittel sind dementsprechend gemeinsam aufzubringen.

- 15 2. Die Gemeinnützigkeit im Sozialen Wohnungsbau ist wieder einzuführen.
3. Die bis 2019 befristeten Kompensationszahlungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus sind zu verstetigen und im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe nachhaltig und in ausreichender Höhe zu leisten.
- 20 4. Der Bund und die Länder legen revolvierende Fonds zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf, um dessen Finanzierung nachhaltig und unabhängig von Konjunktur- und Gehaltslagen zu gewährleisten. Diese sind ausreichend mit Kapital auszustatten.
- 25 5. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit hat die Objektförderung Vorrang vor der Subjektförderung (Wohngeld usw.).

- 30 Die Mietpreisbindungsfristen für geförderten Wohnraum sind angemessen zu verlängern, um nachhaltig bezahlbar Mieten zu gewährleisten, Fehlbelegungen sozialer Wohnungen sind zu vermeiden und die dazu notwendigen wirksamen Kontrollmechanismen zu schaffen.

- 35 6. Die Kommunen und sonstigen Gebietskörperschaften werden aufgefordert im erforderlichen Umfang preiswerte Grundstücke (Bundes-, Länder- und kommunale Liegenschaften) für den sozialen Wohnungsbau auszuweisen bzw. Erbbaurechte zu vergeben. Der Anteil der Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau soll in der Bauleitplanung mit 25 %

der bebaubaren Flächen bemessen werden.

40 7. Um auch in kleineren Gemeinden sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen, ist die Landkreisordnung so zu ändern, dass die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau auf die Landkreise übertragen wird, mit Ausnahmen bei größeren kreisangehörigen Städten und mit Bestandsschutz bei bestehenden Wohnungsbauunternehmen kleinerer Gemeinden.

45 8. Die Regionalplanungsbehörden werden aufgefordert, den Kommunen in ausreichendem Maß zu ermöglichen, Grundstücke für den (sozialen) Wohnungsbau auszuweisen. Die Kommunen sind gehalten, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, um ausreichende und preisgünstige Baugrundstücke für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Dabei ist darauf zu achten, dass es zu einer Durchmischung der Bevölkerung kommt. Benachteiligte sich nicht in Brennpunkten wiederfinden.

50 9. Genossenschaften/Bauvereine/sonstige Privatinitiativen sind zu stärken und durch Beratungsstellen zu unterstützen.

55 10. Die Finanzierung von Umbaumaßnahmen für ältere und benachteiligte Menschen ist durch Zuschüsse und Kreditbürgschaften zu gewährleisten.

60 11. Beim Ausweis von Bauland ist die Einführung einer Wertabschöpfungsabgabe notwendig, um den Kommunen die Mitfinanzierung von sozialem Wohnungsbau und der Infrastruktur zu erleichtern.

60 12. Bauverpflichtungen sind in die Bauleitplanung aufzunehmen. Die Nicht-Bebauung von Baugrundstücken und das Verfallenlassen von Gebäuden aus Spekulationsgründen ist gesetzlich zu unterbinden.

65 13. Maßnahmen für kostengünstiges Bauen sind zu forcieren und umzusetzen:
- Erlass der Grunderwerbsteuer und der Grundsteuer für den sozialen Wohnungsbau
- Überprüfung baurechtlicher Vorschriften, Normen und Standards z.B. grundsätzlich nur noch barrierefreies Bauen zulassen, Prüfung des Umfangs energetischer Sanierungen usw.
- zügigere Bearbeitung von Bauanträgen
70 - Anpassungen und Vereinheitlichung der Landbauordnungen
- Weiterentwicklung des standardisierten Bauens
- Überprüfung steuerlicher Anreize

75 14. Die Aufnahme neuer Wohnformen in die öffentliche Förderung und die nachhaltige Umsetzung von Modellprojekten sind zu realisieren z.B.
- Mehrgenerationenprojekte (keine Altenghettos!)
- (Pflege-) Wohngemeinschaften
- Haus-/Wohngemeinschaften
- Service-Wohnen (Betreutes Wohnen) mit gesetzlich definierten Mindestanforderungen
80 - Umwandlung von ländlichen Anwesen zum gemeinschaftlichen Wohnen
- genossenschaftliches Wohnen

private Initiativen zu unterstützen und zu fördern.

Antragsbereich W/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Sicherung sozial verträglicher und bezahlbarer Mieten im (Sozialen) Wohnungsbau

Der Landesvorstand der AG 60 plus fordert, Maßnahmen zur Sicherung sozial verträglicher und bezahlbarer Mieten für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen umzusetzen:

- 5 1. Bund, Länder, Landkreise und Kommunen müssen nachhaltig in sozialen Wohnungsbau investieren und damit das vorhandene Angebot erhöhen. Baulandflächen für den sozialen Wohnungsbau müssen verpflichtend ausgewiesen werden.
- 10 2. Entmietungen zum Zwecke von Luxussanierungen und Aufteilungen in Wohnungseigentum sind mit gesetzlichen Maßnahmen (z. B. Einschränkung der Mieterhöhungsmöglichkeiten) zu verhindern.
- 15 3. Die baurechtlichen Vorschriften z.B. über die energetischen Anforderungen und Sanierung müssen auf ihre Effizienz und Kostenwirksamkeit überprüft werden. Dies gilt auch für die steuerlichen und abgabemäßigen Belastungen. Die Kosten dürfen nicht zu einer 2. Miete ausufern.
- 20 4. Das soziale Mietwohnungsrecht muss den Erfordernissen angepasst und weiter entwickelt werden:
 - Die Kostenmiete inklusive eines angemessenen Gewinnzuschlags gilt auch für den frei finanzierten Mietwohnungsbau.
 - 25 - Die Belegungs- und Bindungsfristen für Sozialwohnungen sind angemessen zu verlängern.
 - Fehlbelegungen von sozialem Wohnungsraum sind zu verhindern. Die Fehlbelegungsabgabe baut keine neuen Wohnungen und verhindert die Wohnungsnutzung durch die Berechtigten.
 - 30 - Die Modernisierungsumlagen sind analog der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Maßnahmen zu senken (von 11% auf 8%?).
 - 35 - Die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen soll auf 15% innerhalb von 3 Jahren begrenzt werden.

- Das Wohngeld ist regelmäßig und bedarfsgerecht an die Lebenshaltungs- und Mietkostenentwicklung anzupassen. Hierbei ist auch eine Komponente für rechtlich vorgeschriebene energetische Sanierungen zu berücksichtigen.

40

- Mietverträgen sind verbindlich zur Orientierung die Mitspiegel vorzulegen und die bisherigen Mieten nachzuweisen.

Antragsbereich W/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Brandenburg

EmpfängerIn:
SPD-60 plus Bundesvorstand

Beschluss: Angenommen

Umlagefähigkeit der Grundsteuer abschaffen

Der Bundesvorstand der AG 60 plus wird aufgefordert, sich gegenüber der SPD-Fraktion des Bundestages und den SPD-Mitgliedern in der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, dass die Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten (Betriebskostenverordnung - BetrKV) dahingehend geändert wird, dass die Grundsteuer nicht mehr zu den umlagefähigen Betriebskosten gerechnet werden kann.

5

Antragsbereich W/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Hannover

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Kurzzeitvermietung von Wohnungen steuern

Wir werden eine Regelung schaffen in der die Kurzzeitvermietung von Wohnungen, insbesondere in Ballungsräumen, geordnet wird.

- 5 Dazu gehört auch die Vermietung und das Angebot von Wohnungen als Touristenunterkunft durch Online Vermittlung (z.B. Airbnb, Booking.com u.A.).

- 10 Wir werden die vermittelnden Organe zwingen, die Erlöse der Wohnungseigentümer den örtlichen Finanzämtern als Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung anzuzeigen, sodass diese Einkünfte der Einkommenssteuer unterzogen werden können.

Antragsbereich W/ Antrag 7

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Bezirk Braunschweig

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Bezahlbarer Wohnraum

- 5 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert, dass der Bau von seniorenrechtlichem und bezahlbarem Wohnraum zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau auch für mittlere Einkommen besonders gefördert und gestärkt wird. Dadurch soll gewährleistet werden, dass es künftig wieder ein nachfragegerechtes Angebot von Miet- und Eigentumswohnungen für Seniorinnen und Senioren gibt.

Die geplante Initiative des Bundes für mehr bezahlbaren Wohnraum ist zu beschleunigen.

Sonstiges

Initiativantrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Generelles Lieferverbot von Waffen und Kriegsgerät an die Türkei

- Die Bundeskonferenz der AG 60 plus erwartet von der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag, sich energisch für ein generelles Lieferverbot von Waffen an die Türkei einzusetzen.
- 3 Das soll auch für die bereits vertraglich zugesicherten Lieferungen gelten.

Antragsbereich So/ Antrag 2

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Rheinland-Pfalz

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Förderung eines Sozialen Jahres für möglichst viele junge Leute

- Bund und Länder werden aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen so zu schaffen, dass – im Gegensatz zu heute – möglichst viele junge Menschen ein soziales Jahr absolvieren. Es müssen durch geeignete Maßnahmen Anreize geschaffen werden, damit sich mehr junge Leute als heute (0,34 % der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre) für ein soziales Jahr entscheiden können.
- 5

Mit „jungen Menschen“ sind die gemeint, die ihre Lehre bzw. ihren Schulabschluss gerade erfolgreich absolviert haben und vor ihrem nächsten Lebensabschnitt (Arbeitsstelle oder Studium) stehen.

10

Mit dem freiwilligen sozialen Jahr können die jungen Menschen folgende Ziele erreichen:
- einen Einblick bekommen in die Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft, z.B. im Bereich der KiTas, in der Alten-/Behindertenpflege oder in anderen sozialen Einrichtungen. Sie lernen reale Lebenssituationen kennen und Empathie für Mitmenschen zu entwickeln.

15

- den Zusammenhalt unserer Gesellschaft mit aufbauen helfen.

Anreize für ein soziales Jahr können u.a. sein:

- Wesentlich bessere Entlohnung
- Erleichterter Zugang zu den Weiterbildungseinrichtungen
- 20 - Vorteile/Bevorzugung bei der Arbeitsplatzsuche
- Renten-Punkte

Antragsbereich So/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Aufwandsentschädigung nicht anrechnen bei Grundsicherungsbezug

- 5 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, gesetzliche Regelungen zu treffen, damit Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, Übungsleiterpauschalen, Pflegegeld von Pflege-Personen aus dem familiären und persönlichen Umfeld, finanzielle Zuwendungen aus Anlass von Geburtstagen und Jubiläen, finanzielle Zuschüsse von sozialen Organisationen und öffentlichen Trägern zum Erwerb von Geräten des täglichen Bedarfs wie z. B. energiesparende Kühlschränke etc. sowie Beihilfen zu Reha-Kuren bis zu einer Höhe von insgesamt Euro 500,- monatlich auf Sozialleistungen wie SGB II und SGB XII (Hartz IV, Grundeinkommen, Wohngeld, etc.) nicht angerechnet werden.

Antragsbereich So/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Hamburg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Beschluss: Angenommen

Mehr Bürgerinnen und Bürger für die Kultur gewinnen

Die Bundeskonferenz appelliert an die für Kultur und Bildung Zuständigen auf allen Ebenen, alles kulturelle Engagement auch daran zu prüfen, ob es Kultur in ihrer Vielfalt möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern erschließt und Schranken aus fehlender Bildung oder begrenzten materiellen Mitteln zu überwinden sucht.

5

Antragsbereich So/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Schleswig-Holstein

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Wochenarbeitszeit

Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Wochenarbeitszeit mittelfristig auf maximal 35 Stunden begrenzt wird.

3

Antragsbereich So/ Antrag 6

Arbeitsgemeinschaft 60 plus
LV Baden-Württemberg

EmpfängerIn(nen):
SPD-Bundestagsfraktion

Beschluss: Angenommen

Mensch und Natur in Gefahr - Frieden schaffen, auch mit Umwelt und Natur

Die SPD-Seniorinnen und -Senioren solidarisieren sich mit den weltweit und massenhaft demonstrierenden Jugendlichen (Fridays for Future) zur Rettung unserer Lebensgrundlagen. Wir unterstützen ihre Forderungen und erwarten wie sie, dass Politik und Gesellschaft die Befürchtungen und Ermahnungen ernst nehmen und handeln. Es ist höchste
5 Zeit: Längst bekannte und überfällige Maßnahmen gegen die lebensbedrohende Klimakatastrophe und gegen die fortschreitende Umweltzerstörung müssen zeitnah angegangen werden. Insbesondere muss das entscheidende Klimaziel -Temperaturanstieg möglichst unter 1,5°C halten - unbedingt erreicht werden.

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

G3, G4, G6, U9, W5, S1

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

SPD2, SPD3, SPD6

3. zurückgezogene Anträge:

P4